

KURZPAPIER

# Warum wir eine feministische Klimaaußenpolitik brauchen

## Debattenbeitrag von Fiona Marker

In der Außenpolitik muss sich vieles verändern, um sie für die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts fit zu machen. Dazu werden derzeit Konzepte wie „Feministische Außenpolitik“ und „Klimaaußenpolitik“ viel diskutiert. Wie wichtig es ist, diese beiden Konzepte zusammen zu denken, zeigt Fiona Marker in diesem Debattenbeitrag. Fiona Marker ist Mitglied im Vorstand von Germanwatch und war im Jahrgang 2020/21 Freiwillige im Sozialen Jahr im Politischen Leben bei Germanwatch. Sie plädiert für eine feministische Klimaaußenpolitik:

Es ist nicht nur wichtig, die Einflüsse von Politik auf Frauen zu zeigen, sondern auch den Einfluss von Frauen auf Politik: Trotz verschiedenster Erklärungen, Konventionen und Strategien zum Erreichen von Geschlechtergerechtigkeit ist es bislang nicht gelungen, bestehende ungerechte Machtssysteme tiefgreifend zu verändern. Geschlechtergerechtigkeit muss ein Selbstzweck sein. Frauen sollten ihre Rechte nicht nur dann bekommen, wenn es günstig für Männer ist und allen etwas bringt, sondern weil es verbriefte Menschen- und Grundrechte sind.

Gleichzeitig muss die Klimakrise in der Außenpolitik sehr viel mehr als Sicherheitsrisiko verstanden werden, als dies bis jetzt passiert, so auch der Generalsekretär der NATO Jens Stoltenberg<sup>1</sup>. Denn die Effekte der Klimakrise wie Dürren, Hitze, Stürme, Überschwemmungen und andere Naturkatastrophen werden immer stärker. Sie sind nicht nur eine Gefahr für das Leben und die menschliche Sicherheit tausender Menschen, sondern können auch maßgeblich zur Destabilisierung von Regierungen und Staaten beitragen, wie es zum Beispiel bezüglich der Dürre in Syrien analysiert wurde<sup>2</sup>. Besonders Frauen und Menschen im Globalen Süden sind schon längst stark betroffen und auch aufgrund patriarchaler und rassistischer Machtstrukturen, die zum Beispiel ein höheres Armutsrisiko dieser Menschen bewirken, besonders vulnerabel.<sup>3</sup> Um der Komplexität der Klimakrise durch die Verflechtung mit diesen Machtstrukturen wirksam begegnen und sie bekämpfen zu können, müssen die Regierungen eine umfassende, kohärente Klimaaußenpolitik betreiben. Diese muss feministisch, antirassistisch und aktiv gegen jede Art der Diskriminierung handeln, um echte Klimagerechtigkeit zu ermöglichen.

### Zusammenhang zwischen diskriminierenden Systemen und der Klimakrise

Die Klimakrise kann auch als Symptom einer gesellschaftlichen Hybris verstanden werden, die sich in der Ausübung von Macht gegenüber einer anderen Gruppe zeigt. Die europäischen Denker (bewusst nicht gegendert) entwickelten ihre Philosophie in der Aufklärung dahingehend, dass sie eine zunehmende Trennung von Mensch und Natur erdachten. Diese heutzutage unterbewusste Trennung führte zu der Annahme, die Natur müsse bezwungen und „zivilisiert“ werden. Die Konnotation einer Minderwertigkeit der Natur

---

<sup>1</sup> <https://www.politico.eu/article/jens-stoltenberg-nato-climate-change-challenge/>

<sup>2</sup> Kelley, C., Mohtadi, S., Cane, M., Seager, R., & Kushnir, Y. (2015). Climate change in the Fertile Crescent and implications of the recent Syrian drought. *Proceedings of the National Academy of Sciences of the United States of America*, 112(11), 3241-3246. Retrieved August 12, 2021, from <https://www.jstor.org/stable/26462026>

<sup>3</sup> <https://utopia.de/ratgeber/frauen-klimawandel/>

wurde patriarchal auch auf Frauen bezogen, die als neues Leben schaffend, umsorgend und damit naturnah galten. Diese gedachte „Unterdrückungswürdigkeit“ der Natur schlug sich auch in Rassentheorien nieder, in denen Schwarzen<sup>4</sup> und indigenen Menschen sowie People of Colour ihr Menschsein abgesprochen wurde und die Europäer:innen sie der vermeintlich „unzivilisierten Natur“ zuordneten. Diese Weltansicht rechtfertigte die Ausbeutung, Vertreibung, Unterdrückung und Vernichtung von Menschen sowie die Ausbeutung und Vernichtung der Natur. Auf dieser Ideologie zur Machtsicherung *weißer*<sup>5</sup>, reicher, cis-hetero<sup>6</sup> Männer wurde das kapitalistisch-extraktive Wirtschaftssystem aufgebaut, das heute überwiegend die Welt bestimmt.

Klimaaußenpolitik beschreibt jene Maßnahmen in allen Bereichen der internationalen Politik, die gezielt weltweiten Klimaschutz und Bewältigung der negativen Auswirkungen der Klimakrise bewirken sollen. Dabei ist eine wirksame nationale Klimapolitik immer Voraussetzung für eine glaubwürdige, effektive Klimaaußenpolitik. Ziel der Klimaaußenpolitik soll Klimagerechtigkeit sein. Da die oben genannten Denkstrukturen und die daraus folgenden Handlungsmuster einer patriarchalen, rassistischen Gesellschaft fortbestehen – sei es aus versäumter Aufarbeitung oder aufgrund bewusster Nutzung zur Sicherung der eigenen Macht – muss eine wirksame Klimaaußenpolitik, die die Schaffung von Klimagerechtigkeit zum Ziel hat, intersektional feministisch sein. „Intersektional<sup>7</sup> feministisch“ bedeutet, dass verschiedene Machtssysteme analysiert und aufgebrochen werden, also nicht nur Diskriminierungen aufgrund von Sexismus entlang des Geschlechterspektrums, sondern auch aufgrund von zum Beispiel Rassismus, Indigenenfeindlichkeit, Klassismus etc.

## Repräsentation und Partizipation

Die Vereinten Nationen (UN) fordern in verschiedenen Konventionen und Erklärungen Geschlechtergerechtigkeit: so bietet zum Beispiel das UN-Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW, 1979) wichtige Grundlagen, auf die sich feministische Klimaaußenpolitik berufen kann. Das sogenannte CEDAW-Komitee kann Empfehlungen aussprechen, wobei es dem Willen der politischen Entscheidungsträger:innen überlassen bleibt, ob den Empfehlungen Folge geleistet wird. Auch hier ist also noch keine tatsächliche Machtverschiebung geschehen.

Auch aus den Globalen Nachhaltigkeitszielen (Sustainable Development Goals, SDGs) SDG 5 „Gendergerechtigkeit“ und SDG 10 „Weniger Ungleichheiten“ ergibt sich die Notwendigkeit für feministische Politik. Es gibt weiterhin großen Verbesserungsbedarf hin zu einer vollständigen Umsetzung und Erfüllung der SDGs 5 und 10, „Gendergerechtigkeit“ und „Weniger Ungleichheiten“: Der Anteil der Geschlechter zum Beispiel sollte in allen Positionen und besonders Führungspositionen ausgeglichen sein. Dennoch lag beispielsweise bei den Verhandlungen unter dem Dach der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen (UNFCCC) der Frauenanteil der Delegationen 2018 nur bei 40 %. Lediglich 22 % der Delegationen wurden von Frauen geleitet gegenüber 15 % 2008. Bei dieser Wachstumsrate wäre erst 2042 ein gleicher Anteil erreicht<sup>8</sup>. Bei den Mitgliedern der verschiedenen Gremien der Konvention (Ausschüsse, Komitees, Direktorien

---

<sup>4</sup> Von Alice Hasters übernommene Schreibweise: „Ich schreibe „Schwarz“ groß, denn es bezieht sich nicht auf die tatsächliche Farbe meiner Haut, schon gar nicht auf eine biologische „Rasse“. Was weiße Menschen nicht über Rassismus hören wollen aber wissen sollten, 2019.

<sup>5</sup> Von Alice Hasters übernommene Schreibweise: „Diese Identität ist aus gesellschaftspolitischen Gründen entstanden. Mit *weiß* ist ebenso wenig eine biologische Rasse oder tatsächliche Farbe gemeint. Um dies zu verdeutlichen, wird es [...] kursiv geschrieben“. Was weiße Menschen nicht über Rassismus hören wollen aber wissen sollten, 2019.

<sup>6</sup> „Cis“ ist ein Adjektiv, welches beschreibt, dass das Geschlecht dem bei der Geburt zugeordneten Geschlecht entspricht. Wenn das Geschlecht einer Person nicht dem bei der Geburt zugeordneten Geschlecht entspricht, ist das beschreibende Adjektiv „trans“.

<sup>7</sup> Intersektionalität ist ein von der Juristin und Feministin Kimberlé Crenshaw geprägter Begriff, der mehrfache, sich überschneidende Diskriminierungen bezeichnet, also z. B. die doppelte Diskriminierung einer schwarzen Frau durch rassistische und sexistische Menschen.

<sup>8</sup> [https://wedo.org/wp-content/uploads/2019/06/2019\\_June\\_WomensParticipation\\_Final.pdf](https://wedo.org/wp-content/uploads/2019/06/2019_June_WomensParticipation_Final.pdf)

usw.) liegt der Anteil an Frauen durchschnittlich bei 33 %, mit teilweise zurückgehenden Zahlen – nur 5 von 15 Gremien hatten 2019 einen Anteil von mehr als 38 % Frauen im Gegensatz zu 8 Gremien 2018.<sup>9</sup> Jedoch darf die Schaffung von Geschlechtergerechtigkeit nicht allein an der Repräsentation von Frauen festgemacht werden: auch Männer tragen Verantwortung, das patriarchale System zu überwinden. Es müssen – zusätzlich zur Repräsentation – auch Strukturen geschaffen werden, wie zum Beispiel eine Frauenquote, welche die Partizipation von Frauen aktiv fördern, statt die ungleichen Chancen zu ignorieren. Wichtig ist auch, dass Forscher:innen die Auswirkungen von Politikmaßnahmen auf genderspezifische Unterschiede untersuchen. Diese Forschung muss ausreichend finanziert und gefördert werden. Im nächsten Schritt müssen die identifizierten Ungerechtigkeiten bekämpft werden. Durch ein verpflichtendes Gender Budgeting<sup>10</sup> beispielsweise kann sichergestellt werden, dass Projekte und Programme von vornherein diese Notwendigkeiten einpreisen und umsetzen. Solche Ansätze müssen zum Standard werden.

## Frauen, Frieden und Sicherheit

Die Resolution der UN zu Frauen, Frieden und Sicherheit (WPS) bezieht sich nur auf die Wechselwirkungen zwischen Feminismus und Sicherheit. Dennoch kann eine feministische Klimaaußenpolitik auf ihr aufbauen. Die Beteiligung von Frauen in der Sicherheitspolitik kann dabei helfen, von der Gesellschaft männlich geprägte Verhaltensweisen zu erkennen, wie beispielsweise Vergewaltigungen als Kriegsstrategie, um zum Beispiel die Machtstruktur und hier die Überlegenheit einer Kriegspartei zu zeigen, wie es gerade in Tigray geschieht.<sup>11</sup> Aus einer Vielzahl von Gründen und nicht zuletzt, um Frauen vor solchen Grausamkeiten zu schützen, müssen Kriege verhindert werden. Durch die Klimakrise jedoch wird Ressourcenknappheit verschärft, Naturkatastrophen werden zahlreicher und heftiger und Kriege werden somit wahrscheinlicher.

Frauen sind allerdings nicht nur besonders durch Krieg bedroht, sondern auch besonders erfolgreich bei Verhandlungen auf dem Weg aus dem Krieg: so ist es bei Friedensverträgen mit weiblicher Beteiligung bei den Verhandlungen um 35 % wahrscheinlicher, dass sie mindestens 15 Jahre halten, als bei rein männlich verhandelten Friedensverträgen.<sup>12</sup> Auf einer abstrakteren Ebene muss die Frage geklärt werden, wie die gesellschaftliche Konzeption von Männlichkeit und Weiblichkeit als Machtstruktur funktioniert. So kann verstanden werden, wie die gesellschaftlichen Prägungen von Männlichkeit und Weiblichkeit politische Strategien beeinflussen und Fortschritt verhindern. Auch kann es dabei helfen, die Verbindungen und Wechselwirkungen zwischen verschiedenen Politikfeldern, wie hier Sicherheit, Feminismus und Klimakrise, zu erkennen.

## Sicherheit der Frontline-Beschützer:innen

Einige Feminist:innen plädieren dafür, die Definition von Krieg, Frieden, Gewalt und Sicherheit auszuweiten beziehungsweise zu verändern.<sup>13</sup> Häufig befinden sich gerade Klimaschützer:innen in vielen Ländern in einer Situation der Gewalt und ständigen Bedrohung, die allerdings nicht in die Definition eines Krieges passt.<sup>14</sup> Dies gilt insbesondere für Indigene und lokale Gemeinschaften, sich an der Frontlinie fortschreitender – beispielsweise durch Entwaldung, Bergbau oder Infrastrukturprojekte verursachter – Naturzerstörung für den Schutz ihrer Lebensgrundlagen einsetzen. Schlimmes Beispiel dafür ist der Mord an der Aktivistin

---

<sup>9</sup> <https://unfccc.int/news/women-still-underrepresented-in-decision-making-on-climate-issues-under-the-un>

<sup>10</sup> „Gender Budgeting“ ist eine Strategie, mit der unter anderem Haushalte oder Projekte gendergerechter aufgestellt werden können. Darunter fallen alle finanzpolitischen Gleichstellungsmaßnahmen und nicht nur das in diesem Beispiel genannte Beschaffen geschlechterdisaggregierter Daten.

<sup>11</sup> <https://www.bbc.com/news/world-africa-58167818>

<sup>12</sup> <https://www.un.org/development/desa/en/news/sustainable/women-leaders-to-sustain-peace.html>

<sup>13</sup> <https://oxfordre.com/internationalstudies/view/10.1093/acrefore/9780190846626.001.0001/acrefore-9780190846626-e-130>

<sup>14</sup> Keina Yoshida, The Nature of Women, Peace and Security: Where is the Environment in WPS and Where is WPS in Environmental Peacebuilding?, 2019

für indigene Menschenrechte Berta Cáceres in 2016. Ein Unternehmer, der im Gebiet der dort lebenden Lenca einen Damm bauen wollte und dadurch das Ökosystem überflutet und zerstört hätte, gab den Auftrag dazu.<sup>15</sup> Seit der Ermordung Berta Cáceres sind laut der Gruppe „Global Witness“ alleine in Honduras mindestens 40 weitere Klimaschützer:innen ermordet worden. Trotz dieses ständigen Kriegszustandes beschützen indigene Völker 80 % der weltweiten Biodiversität, obwohl sie nur 6,2 % der Weltbevölkerung darstellen.<sup>16</sup> Eine intersektional feministische Klimaaußenpolitik muss auch besonders die Rechte indigener Frauen und Menschen schützen, sie in den Mittelpunkt ihrer Lösungen stellen und vor allem die Rolle indigener Frauen für den Schutz der globalen Umwelt anerkennen und stärken. Das sind nur einige Beispiele, die die Interdependenzen verschiedener Themenbereiche von Klima- und Außenpolitik durch eine feministische Perspektive aufzeigen.

## Arbeitsansätze

Im Rahmen der UNFCCC wurde 2017 ein Gender Action Plan beschlossen. Dieser ist aufgeteilt in fünf Prioritätenfelder: „Capacity-building, knowledge management and communication“, „Gender balance, participation and women’s leadership“, „Coherence“, „Gender-responsive implementation and means of implementation“ und „Monitoring and reporting“. In einem Bericht von 2019 sind zwar einerseits einige formelle Erfolge vermerkt, wie die Ernennung von National Gender Focal Points, andererseits wurden kaum „harte“ Ziele wie paritätisch besetzte Delegationen und Gremien erreicht.<sup>17</sup>

Zwar gibt es vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU) und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) einige Ansätze in Richtung Gendergerechtigkeit (wie die Einrichtung eines Gender Focal Points im BMU oder jährliche Umsetzungspläne des BMZ), allerdings stehen wesentliche Fortschritte in Richtung Geschlechtergerechtigkeit noch aus. Frauen werden immer noch für die gleiche Leistung weniger bezahlt und wertgeschätzt als Männer<sup>18</sup>, Städte und Strukturen werden für Männer gebaut<sup>19</sup> und orientieren sich an deren Bedürfnissen, es wird der Zugang zu Ämtern und hohen Positionen verwehrt und Frauen dürfen nicht einmal vollständig über ihren eigenen Körper entscheiden.

## Fazit

Trotz erster Ansätze bleibt festzustellen, dass die deutsche Regierung noch keine feministische, geschlechtergerechte Klimaaußenpolitik betreibt. Geschlechtergerechte Maßnahmen wie Gender Budgeting oder Frauenquoten sollten der neue Standard sein. Gleichzeitig müssen systemische Zusammenhänge von Diskriminierungen und Krisen besser verstanden, aufgearbeitet und bekämpft werden. Letztendlich muss es darum gehen, Machtsysteme und ihre Ungerechtigkeiten zu erkennen, zu verstehen und abzuschaffen. Nur so erreichen wir durch eine kohärente, wirksame, feministische Klimaaußenpolitik echte Klimagerechtigkeit.

---

<sup>15</sup> <https://www.bbc.com/news/world-latin-america-57725007>

<sup>16</sup> <https://us.boell.org/sites/default/files/2021-05/HBS-e-paper%205%20-%20Feminist%20V5.pdf>

<sup>17</sup> [https://unfccc.int/sites/default/files/resource/SBI2019\\_15Add1.pdf](https://unfccc.int/sites/default/files/resource/SBI2019_15Add1.pdf)

<sup>18</sup> <https://www.destatis.de/DE/Themen/Arbeit/Verdienste/Verdienste-Verdienstunterschiede/Tabellen/ugpg-05-oed-privat-ab-2014.html>

<sup>19</sup> Criado Perez (2019), *Invisible Women*, p.29ff

---

**Autorin:** Fiona Marker

**Redaktion:** Daniela Baum

Dieser Debattenbeitrag wurde von Fiona Marker während ihres Freiwilligen Sozialen Jahres bei Germanwatch entwickelt. Er gibt nicht zwingend die Position von Germanwatch wieder.

Diese Publikation kann im Internet abgerufen werden unter: [www.germanwatch.org/de/87593](http://www.germanwatch.org/de/87593)

August 2021

**Herausgeber: Germanwatch e.V.**

**Büro Bonn**

Kaiserstr. 201

D-53113 Bonn

Tel. +49 (0)228 / 60 492-0, Fax -19

Internet: [www.germanwatch.org](http://www.germanwatch.org)

**Büro Berlin**

Stresemannstr. 72

D-10963 Berlin

Tel. +49 (0)30 / 5771 328-0, Fax -11

E-Mail: [info@germanwatch.org](mailto:info@germanwatch.org)